



**Bürger für Wilnsdorf
und FDP e.V.**

Frau Bürgermeisterin
Christa Schuppler
Marktplatz 1
57234 Wilnsdorf

Seite 1 von 2
2. Dezember 2015

Antrag nach §15 der Geschäftsordnung zur Ratssitzung am 26.11.2015

Änderung zum Stellenplan 2016: Befristete Ausweisung von zusätzlich zwei
Mehrstellen für den Fachdienst 1.3 Soziales, Senioren und Jugend

Hier: Einstellung hauptamtlicher Mitarbeiter/innen für die Sammelunterkünfte,
in denen Flüchtlinge untergebracht sind, zur Koordination der Betreuung, die
Übernahme organisatorischer Aufgaben und zur Unterstützung bzw. Entlas-
tung der in der Flüchtlingsbetreuung ehrenamtlich tätigen Personen

Andreas Klein
Fraktionsvorsitzender
Am Obstgarten 16
57234 Wilnsdorf
ak1961@t-online.de
fon 02737 592088
mobil 0170 9007373

Bankverbindung:
Volksbank Siegerland eG IBAN:
DE15 46060040 0662904500
BIC: GENODEM1SNS

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

bereits zur Ratssitzung am 26.03.2015 haben wir eine Anfrage gestellt, in der
wir angesichts der schon im Frühjahr absehbar deutlich steigenden Anzahl
von Flüchtlingen die künftige Nutzung leerstehender Schulgebäude als Flücht-
lingsunterkunft thematisiert haben. Inzwischen hat uns die Realität eingeholt
und die früheren Grundschulen in Wilden, Anzhausen und Obersdorf sowie
das Bürgerhaus in Flammersbach werden als Flüchtlingsunterkünfte genutzt.
Derzeit sind in der Gemeinde Wilnsdorf schon 300 Flüchtlinge untergebracht.
Bereits zum Ende dieses Jahres rechnen Sie selbst mit 350 Flüchtlingen.

**buenger-fuer-
wilnsdorf.de**

Durch die hohe Anzahl zugewiesener Flüchtlinge in den letzten Wochen ist die
bisherige Strategie der Gemeinde Wilnsdorf, Flüchtlinge in kleiner Zahl mitten
in den Ortschaften unterzubringen, nicht mehr durchgängig umsetzbar. Die
Belegung gemeindeeigener Gebäude mit zum Teil mehr als 50 Flüchtlingen
bringt aber neue Probleme mit sich, für die Lösungen zu finden sind. Es wäre
unverantwortlich, dies weiterhin alleine auf den Schultern ehrenamtlich tätiger
Menschen zu belassen. Vielmehr ist es jetzt dringend erforderlich, kurzfristig
durch hauptamtliche Kräfte für eine deutliche Entlastung vor Ort zu sorgen.

Wir sind ausgesprochen dankbar dafür, dass sich in allen benannten Orten
Menschen gefunden haben, die ehrenamtlich sehr viel Zeit und Energie auf-
bringen, um die Flüchtlinge, die dort untergebracht sind, zu begleiten und
ihnen bei der Bewältigung ihrer vielfältigen Problemlagen zu helfen. Allerdings
ist inzwischen deutlich zu erkennen, dass es unmöglich ist, die vielfältigen vor
Ort zu erledigenden Aufgaben dauerhaft alleine auf ehrenamtlich tätige Kräfte
abzuwälzen. So sind viele Flüchtlinge, die aus den Bürgerkriegsgebieten im
Nahen Osten zu uns kommen, aufgrund der Erlebnisse in ihrer Heimat und
während der mehrmonatigen Flucht traumatisiert. Dazu kommen zum Teil
massive medizinische Probleme. Aufgrund der Tatsache, dass die Flüchtlinge
die deutsche Sprache nicht beherrschen und meist auch keine englischen
Sprachkenntnisse haben, ist die Kommunikation schwierig.

Da eine Verständigung ohne Dolmetscher vor allem bei komplexen Themen nicht möglich ist, müssen sich ehrenamtliche Betreuungskräfte derzeit auch darum kümmern, Personen zu finden, die über die jeweils erforderlichen Sprachkenntnisse verfügen und ehrenamtlich als Dolmetscher zur Verfügung stehen. Oft ist erst nach Ankunft der Flüchtlinge bekannt, welche Sprache sie sprechen und dann muss kurzfristig ein Dolmetscher organisiert werden.

Neben vielfältigen Problemen des Alltags entstehen weitere Schwierigkeiten auch dadurch, dass verschiedene Ethnien in einem Gebäude untergebracht sind. In der Regel wissen die ehrenamtlichen Kräfte vor dem Einzug neuer Flüchtlinge nicht, aus welchem Land diese kommen. Dies macht die passende Zuteilung der Zimmer sehr schwierig. Auch wenn sie aus dem gleichen Land stammen, aber unterschiedlichen Volksgruppen angehören, sind Konflikte vorprogrammiert. Was zwischen den Menschen abläuft, die in der Einrichtung leben, lässt sich derzeit nur erahnen. Von ehrenamtlichen Dolmetschern gibt es aber klare Hinweise darauf, dass ethnische Konflikte vorprogrammiert sind. Hierauf sind die vor Ort tätigen ausschließlich ehrenamtlichen Kräfte nicht vorbereitet und haben bisher auch keinen Ansprechpartner für solche Fragen.

Der vielfältige Aufgabenkatalog, der für den Betrieb einer Flüchtlingsunterkunft mit ca. 50 Flüchtlingen zu bewältigen ist, lastet bisher ausschließlich auf den Schultern ehrenamtlich tätiger Kräfte. Neben der eigentlichen Betreuung der Flüchtlinge gehören dazu auch sämtliche organisatorische Aufgaben rund um die Unterkunft. Die ehrenamtlichen Kräfte loben zwar ausdrücklich die gute Zusammenarbeit mit dem Sozialamt der Gemeinde Wilnsdorf, nehmen aber auch deutlich eine permanente Überlastung der dort tätigen Menschen wahr. Enttäuschung besteht bei manchen Ehrenamtlichen darüber, dass bisher von Seiten der Verwaltungsleitung kaum Signale zu erkennen waren, für eine Entlastung sowohl der hauptamtlichen Kräfte in der Verwaltung, vor allem aber auch der ehrenamtlichen Kräfte vor Ort sorgen zu wollen.

Die beabsichtigte Besetzung einer weiteren Sachbearbeiterstelle im Sozialamt ist jetzt ein erster Schritt, um den wachsenden Fallzahlen zu begegnen. Damit kann hoffentlich in Zukunft verhindert werden, das Sozialamt für eine Woche für den Publikumsverkehr schließen zu müssen, damit die Aktenberge auf den Schreibtischen abgearbeitet werden können. Auch sieht der Haushaltsplan 2016 vor, eine Stelle für Koordinations- und Betreuungsaufgaben einzusetzen. Ferner sollen vor Ort für die Sammelunterkünfte engagierte Ehrenamtliche als Minijob-Kräfte eingestellt werden. Für die zur Bewältigung der steigenden Flüchtlingszahlen geplanten Personalaufstockungen sollen allerdings ausschließlich freie bzw. frei gewordene Stellen im Stellenplan genutzt werden.

In Frage zu stellen ist, ob die erheblich gestiegene Aufgabendichte, die durch die derzeit hohe und voraussichtlich weiter deutlich steigende Flüchtlingszahl entstanden ist, tatsächlich alleine durch Stellenumsetzungen im Bestand zu bewältigen ist. Selbst wenn es durch eine optimierte Organisation der Verwaltungstätigkeiten möglich ist, freie Stellen aus dem Stellenplan für die Flüchtlingsarbeit zu nutzen, reichen die bisher geplanten Maßnahmen nicht aus. Es ist sicher sinnvoll, eine Stelle für Koordinations- und Betreuungsaufgaben zu besetzen. Eine Stelle reicht aber bei weitem nicht aus, um die Koordination und Betreuung in den bestehenden Sammelunterkünften zu gewährleisten.

Die geplante Einstellung engagierter Ehrenamtlicher als Minijob-Kräfte für die Sicherstellung der Betreuung der Flüchtlinge in den Sammelunterkünften ist ein sehr fragwürdiger Schritt, den unsere Fraktion klar ablehnt. Denn die vor Ort zu erledigenden Aufgaben sind nicht in wenigen Stunden pro Woche zu bewältigen, die auf Basis einer geringfügigen Beschäftigung maximal geleistet werden dürfen. Ein Arbeitseinsatz über diese Stundenzahl hinaus stellt aber einen klaren Verstoß gegen das Mindestlohngesetz und gegen die Sozialversicherungspflicht dar. Ein Verstoß gegen bestehende gesetzliche Auflagen ist von der Verwaltungsleitung aber sicher auch nicht gewollt.

Ohne ehrenamtlich tätige Menschen sind die vielfältigen Aufgaben bei der Begleitung der Flüchtlinge nicht zu bewältigen. Allerdings ist es auch nicht zu verantworten, diesen sämtliche Aufgaben aufzubürden. Denn dann besteht die Gefahr, dass diese nach kurzer Zeit ausgebrannt sind und ihr Engagement einstellen. Es ist daher dringend erforderlich, dass in den Sammelunterkünften hauptamtliche Kräfte die Koordination übernehmen und die weiterhin erforderlichen ehrenamtlichen Kräfte entlasten und unterstützen. Anstatt pro Standort eine ehrenamtliche Kraft mit einem Minijob auszustatten, muss kurzfristig in jeder Sammelunterkunft eine hauptamtliche Kraft für die Betreuung eingesetzt werden, die sich um die organisatorischen Fragestellungen kümmert und die zahlreichen zu erledigenden Aufgaben koordiniert.

Refinanziert werden diese zusätzlichen Mitarbeiter/innen mit der Pauschale, die die Gemeinde Wilnsdorf ab 2016 für jeden Flüchtling monatlich in Höhe von 833,- € für Unterkunft und Betreuung erhält.

Um kurzfristig für eine Entlastung der ehrenamtlich in den Flüchtlingsunterkünften tätigen Kräfte zu sorgen, stellt die Fraktion Bürger für Wilnsdorf und FDP folgenden **Beschlussvorschlag** zur Abstimmung:

Der Rat beschließt die befristete Erweiterung des Stellenplans um zunächst zwei Vollzeitstellen für den Fachdienst 1.3 Soziales, Senioren und Jugend und beauftragt die Verwaltung, diese Stellen zügig zu besetzen. Die zusätzlichen hauptamtlichen Kräfte werden in den Sammelunterkünften (derzeit Wilden, Anzhausen, Obersdorf, Flammersbach) zur Bewältigung organisatorischer Aufgaben und zur Koordination der vielfältigen Betreuungstätigkeiten eingesetzt. Ferner sind sie dafür verantwortlich, die in der Flüchtlingsarbeit ehrenamtlich tätigen Kräfte zu unterstützen und zu entlasten. Die Verwaltung erhält ferner den Auftrag, umgehend ein Stellen- und Aufgabenprofil für diese neuen Mitarbeiter/innen zu erarbeiten und dabei die Belange der ehrenamtlichen Kräfte vor Ort zu berücksichtigen.

Weiterhin prüft die Verwaltung, ob für alle regelmäßig in der Flüchtlingsarbeit ehrenamtlich tätigen Kräfte ausreichender Versicherungsschutz besteht. Sollte dies bisher nicht erfolgt sein, sorgt die Verwaltung dafür, dass auch für die ehrenamtlichen Kräfte ein ausreichender Versicherungsschutz gegen Unfall- und Haftpflichtschäden besteht.

Andreas Klein
Fraktion Bürger für Wilnsdorf und FDP